

# Kampf dem Menschenhandel

Koordiniertes Vorgehen und Prävention sind die Schlüssel für die effektive Bekämpfung des Menschenhandels.

Anlässlich des ersten „EU-Tags gegen den Menschenhandel“ am 16. Oktober 2007 fand im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) eine Veranstaltung statt, an der neben zahlreichen Experten von Ministerien Vertreter von internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, Sozialeinrichtungen und Medien teilnahmen. Außenministerin Dr. Ursula Plassnik, Frauenministerin Doris Bures, Justizministerin Dr. Maria Berger

und Innenminister Günther Platter stellten die österreichischen Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels vor.

Ziel der Veranstaltung war es, die Öffentlichkeit über Menschenhandel und dessen unterschiedliche Formen zu informieren, die Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken und über die Aktivitäten der österreichischen Bundesregierung bei der Bekämpfung des Menschenhandels zu berichten.

**Menschenhandel** passiert nicht nur im Rotlichtmilieu und darf nicht mit Prostitution verwechselt werden. Vielmehr kann es sich bei Menschenhandel um ein Delikt zum Zweck der sexuellen Ausbeutung handeln, die Definition von Menschenhandel geht aber darüber hinaus und schließt beispielsweise Arbeitsausbeutung in der Bauindustrie, im Tourismus oder in Privathaushalten ein, ebenso die Bereiche Kinder- und Organhandel.

Die Arbeit gegen den Menschenhandel erfordert aufgrund ihrer Komplexität und der Zusammenarbeit vieler verschiedener Akteure umfangreiche Koordination, die im Rahmen der „Task Force Menschenhandel“ erfolgt. Neben regelmäßigen Sitzungen



Präsentation der Maßnahmen gegen Menschenhandel: Doris Bures, Günther Platter, Ursula Plassnik, Maria Berger.

der „Task Force“ gibt es auch Sonderveranstaltungen wie etwa die Jahrestagung mit den zuständigen Vertretern in den Bundesländern, die am 22. November 2007 stattgefunden hat. Um über die österreichischen Maßnahmen zum Opferschutz zu informieren und den Dialog mit ausländischen Stellen weiter zu intensivieren, veranstaltet die „Task Force Menschenhandel“ im Jänner 2008 ein Treffen mit Vertretern ausländischer Vertretungsbehörden in Österreich.

Oftmals sind es junge Menschen, die – von Armut und Perspektivenlosigkeit getrieben – ihr Glück in reichen Industriestaaten suchen. Sehr oft verschwimmen die Grenzen zwischen klassischer – legaler und illegaler – Migration und Menschenhandel. Sehr oft wollen spätere Opfer des Menschenhandels freiwillig nach Österreich, um hier zu arbeiten. Oft reisen sie mit korrekten oder gefälschten Reisedokumenten, was fehlt, ist meist die Beschäftigungsbewilligung, und nach nur kurzer Zeit müssen sie feststellen, dass die versprochene Arbeit im „reichen Westen“ mit Ausbeutung, Gewalt und Drohungen im Zusammenhang steht – ohne die erhoffte und oftmals versprochene hohe finanzielle Entlohnung.

im Ausland aufliegen. Außerdem gibt es eine Reihe von Aktivitäten des Bundesministeriums für Inneres und der *Austrian Development Agency*, die sich mit bewusstseinsbildenden Maßnahmen und genereller Information über Menschenhandel in den Herkunftsländern beschäftigen.

**Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels.** Die einzelnen Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels in Österreich und gemeinsam mit internationalen und ausländischen Partnern sind im ersten „Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel“ (NAP) aufgelistet, der für die Jahre 2007 und 2008 gilt und von der „Task Force Menschenhandel“ erstellt wurde.

Der Aktionsplan definiert geplante Aktivitäten samt zuständigen Stellen, Zeitrahmen und Indikatoren, nach denen letztlich die durchgeführten Aktivitäten überprüft werden können. Neben den Themen Koordination und Prävention beinhaltet der „NAP Menschenhandel“ auch die Bereiche Opferschutz, Opferentschädigung, Strafverfolgung, Internationale Zusammenarbeit, Datenerfassung, Monitoring und Evaluierung. *Günther Sablattnig*

**Die österreichischen Vertretungsbehörden** in möglichen Herkunftsländern von Opfern des Menschenhandels informieren die örtliche Bevölkerung über mögliche Gefahren und Risiken, um die Menschen für dieses Verbrechen zu sensibilisieren und den Menschenhändlern das Handwerk zu legen. Es gibt mehrsprachige Folder, die von der Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels (IBF) erstellt wurden und in den österreichischen Vertretungsbehörden